

Theoretischer Background Perspektiven Sozialistischer Politik

Um politische Strategien zu entwickeln, sind wir gefordert in neuer (und alter) Weise das Spannungsverhältnis zwischen Kapital, Staat und politischen Raum genauer zu beleuchten.

Monopolkapitalismus / Imperialismus

Wir leben in einer monopolkapitalistischen Gesellschaft, in der sich die Macht der Monopole mit der Macht des bürgerlichen Staates vereinigt hat.

Alle Bereiche des gesellschaftlichen Lebens sollen in dieser Gesellschaft der Profitmaximierung untergeordnet werden. Um die Profitrate bei immer größerer Kapitalkonzentration zu stabilisieren, müssen die Monopole ihre Produktion expandieren und Kapital exportieren, um es im Ausland sowie auf den Finanzmärkten zu verwerten. Das ist einer der Gründe für imperialistisch motivierte Kriege.

Aufgaben des bürgerlichen Staates

Dem bürgerlichen Staat obliegt in diesem Zusammenhang die Regulierung und Steuerung der Finanz-, Konjunktur-, Lohn- und Einkommenspolitik. In einem starken Umfang werden Investitionstätigkeiten heute ebenfalls staatlicherseits gelenkt.

Damit gewinnen aber auch ökonomische Kämpfe heute sehr schnell eine politische Qualität, in der die Kräfteverhältnisse zwischen den Klassen, Konflikte innerhalb der herrschenden Klasse, Zwänge, die von global entstehenden Problemen ausgehen, mit eingehen und die daher wirtschaftspolitisch unterschiedlich auszuprägen sind.

Der bürgerliche Staat orientiert sich an den Verwertungsbedürfnissen des Monopolkapitals. Er muss aber auch darüberhinausgehende Bereiche gesellschaftlicher Entwicklung gewährleisten. Betreff der Infrastruktur, betreff der sozialen und politischen Integration der Erwerbstätigen, im Bereich von Krieg und Frieden, im reproduktiven Bereich usw. Der Staat mobilisiert dafür riesige Fonds, die er über differenzierte Steuern, Kredite und in anderer Weise, teilweise auch mit finanzkapitalistischen Methoden, generiert. Ziel ist es dabei Teile des Nationaleinkommens zu Gunsten der Monopolunternehmen umzuverteilen. Eine wesentliche Grundlage dafür ist die Defizitfinanzierung, also die Staatsverschuldung, deren Kosten wiederum auf die Allgemeinheit übertragen werden.

So ist der bürgerliche Staat in seiner heutigen Form selbst zu einem Akteur im Ausbeutungsprozess der lohnabhängig Beschäftigten geworden. Auch zu Lasten kleiner und mittelständischer Unternehmen.

In Anwendung neoliberaler Politik wird dieser Prozess weiter optimiert, was aber gleichzeitig zu einer Aushöhlung der bürgerlichen Demokratie beiträgt, deren soziale und politische Integrationskraft schwächt. Instrumente dafür sind die zunehmende Verlagerung von Entscheidungen von der legislativen auf die exekutive Ebene, Verfassungsänderungen die „Sachzwänge“ generieren, die Einbindung zahlreicher Prozesse in Vorgaben der EU. So entstehende „Repräsentationslücken“ werden wiederum ideologisch kompensiert und wofür rechtspopulistische

Projekte mit dem Ziel der Reintegration in das bürgerlich-parlamentarische System (nicht aber für dessen Zerschlagung) hilfreich sind.

Monopol und Staat

Die Vereinigung der Macht der Monopole mit der Macht des bürgerlichen Staates bedeutet nicht, dass sich die eine oder die andere Seite der jeweils anderen einfach unterordnet. **Beide Teile – Monopolkapital und Staat – bleiben selbständig agierende Kräfte.**

Auch das Monopolkapital bildet keine einheitliche Gruppe. Schon Marx sagte, dass die Bourgeoisie sich zwar einig darin sei, soviel Mehrwert wie möglich aus der Arbeiterklasse auszupressen, dass von dieser Einigkeit aber nichts bleibt, wenn es um die Verteilung des zu Profit gewordenen Mehrwerts unter ihnen selbst geht. Auch Lenin betonte, dass die Konkurrenz im staatsmonopolistischen Kapitalismus fortbesteht.

Ein gemeinsames Ziel besteht darin den Lohn ihrer Beschäftigten stark zu drücken, auch wenn Monopole, die Konsumgüter herstellen (z. B. Automobilindustrie) zugleich daran interessiert sind eine zahlungsfähige Nachfrage auch binnenwirtschaftlich zu haben. Ein weiteres gemeinsames Ziel der Monopolbourgeoisie besteht darin, die Steuerlast möglichst stark auf andere Klassen und Bevölkerungsschichten zu übertragen.

In allen übrigen Fragen gehen die Interessen der verschiedenen Schichten der Monopolbourgeoisie häufig weit auseinander.

Ungleichzeitige Entwicklung

Wie alle Prozesse im Kapitalismus verlaufen diese Entwicklungen in der Ausprägung staatsmonopolistischer Strukturen in den einzelnen Ländern ungleichmäßig. Häufiger gibt es größere Sprünge. Zurück oder nach vorne. Denn in Zeiten geringerer Profitraten ist die Versuchung z.B. immer groß auch staatliches Eigentum, das im reproduktiven Bereich existieren muss, zu privatisieren, um es kurzfristigen Profitinteressen zu opfern.

Finanzkapital und Staatseinmischung

Schon Karl Marx hat in seiner Zeit darauf verwiesen, dass im Zusammenhang mit der Bildung von Aktiengesellschaften produktive Dynamik verloren geht. Die »Staatseinmischung« wird deshalb erforderlich. (MEW 25, S. 454). Friedrich Engels befasste sich 1890 mit der Wechselwirkung zwischen Staat und ökonomischer Entwicklung und stellte fest: »Die Gewalt ist (..) eine ökonomische Potenz!« (MEW 37, S. 493).

Als »vergesellschaftetes Kapital« prägen die Großkonzerne mit ihrer ökonomischen Macht die Verhältnisse, was zugleich neue Konflikte und Krisen hervorruft. Insbesondere werden die politischen Verhältnisse zunehmend labil. Dazu kommen neue Herausforderungen etwa bei Energie-, Rohstoff- sowie Umweltproblemen.

Politische Reformen

Diese Prozesse in der Entwicklung des modernen Imperialismus erhöhen aber auch den Radius für soziale und politische Kämpfe der Arbeiterbewegung. Diese Dialektik blitzte bereits im »Kommunistischen Manifest« auf, in dem darauf verwiesen wurde, dass entsprechende Forderungen, »die für sich genommen unzulänglich erscheinen, (..) im Verlauf der Entwicklung über sich selbst hinausweisen« können (Übergangsforderungen). Lenin betonte, dass der »Kapitalismus überhaupt und der Imperialismus insbesondere [zwar einerseits] die Demokratie zu einer Illusion [verwandele] – und zugleich (...) demokratische Bestrebungen in den Massen« beförderte. So verschärft sich der »Antagonismus zwischen dem die Demokratie negierenden Imperialismus und den zur Demokratie strebenden Massen.« (W. I. Lenin, Antwort an P. Kijewski [J. Pjatakow]. Lenin Werke [LW] Band 23, Seite 14)

Das bürgerlich-parlamentarischen System dient zur Disziplinierung der Massen, zugleich ist es aber auch ein Ausgangspunkt für gesellschaftspolitische Fortschritte. (W. I. Lenin, Die drohende Katastrophe und wie man sie bekämpfen soll. LW 25, Seite 368 [September 1917]). Die Durchsetzung von Forderungen, wie er sie vor der Oktoberrevolution formulierte, nach Verstaatlichung von Banken und Großbetrieben sei zwar »noch kein Sozialismus, aber schon kein Kapitalismus mehr«. (Ebenda, Seite 371)

Diese Überlegen waren später auch der Ansatzpunkt für »Volksfrontpolitik«. Aufnehmen und kritisch prüfen müssen wir sie heute erneut, wenn etwa der Anspruch formuliert wird, sowohl die Interessen der vom Lohn Abhängigen als auch die von kleineren Unternehmen in die eigenen politischen Entwürfe einzubeziehen, also unterschiedliche Kräfte POLITISCH zusammenzuführen, deren Interessen in ökonomischen und politischen Krisenperioden in einem Widerspruch zum Monopolkapital geraten. Diskutiert werden muss die Frage, ob der primäre Ansatzpunkt dafür aber nicht ebenfalls in der Verteidigung der Interessen der Lohnabhängigen bestehen muss. Gelingt antimonopolpolitische Reformpolitik, könnten so auch im Rahmen der kapitalistischen Ordnung relevante Fortschritte erreicht werden, die am Ende auch den Weg für mehr öffnen. Das ist der Zusammenhang des Kampfes um Reform und Revolution, des demokratischen und des sozialistischen Kampfes, mit dem wir dem eigenen Monopolkapital, seine politische Massenbasis entziehen.

Ökonomische Strukturen und politischer Überbau

Analytisch sind dafür die ökonomischen Strukturen von jenen im politischen Bereich deutlich zu unterscheiden. Die sich verändernde Gesellschaft ist nach wie vor eine kapitalistische Gesellschaft, die aber durch politische Fortschritte bereits über diese hinausweist. Eingriffe in die monopolkapitalistische Verfügungsgewalt bleiben dafür erforderlich, denn man kann dem Monopolkapital nichts nehmen, ohne seine Macht mindestens einzuschränken. Unsere Aufgabe besteht darin aber auch solche Gedanken kreativ zu denken, ausgehend von real stattfindenden sozialen und politischen Auseinandersetzungen.

Eigentumsrechtliche Eingriffe in das Monopolkapital stehen am Beginn solcher politischen Kämpfe indes nicht unbedingt im Zentrum der eigenen Forderungen. Diese ergeben

sich im Rahmen entsprechender Kämpfe, in der Dynamik des politischen Klassenkampfes. Parlamentarisch, aber auch durch außerparlamentarischen Massenkampf. Denn ohne Massenkampf, ohne Druck und Entwicklung von Gegenmacht lassen sich nicht einmal bestehende Rechte verteidigen.

Kampf um Frieden

In einer Zeit, in der sich geopolitische Spannungen weltweit erhöhen, zugleich aber auch innerimperialistische Widersprüche wieder deutlich werden, gewinnt der Kampf gegen den Krieg und für den Frieden besondere Bedeutung. Er richtet sich, um es mit Karl Liebknecht zu sagen, gegen den Hauptfeind im eigenen Land, gegen das eigene Monopolkapital!

In der Geschichte der sozialistischen Bewegung sind immer wieder diverse Varianten von Ultraimperialismus-Theorien in diesem Zusammenhang aufgeblitzt. Sie bleiben bis heute eine ideologische Abstraktion, denn Monopolkapitalismus ist an die Existenz imperialistischer Staaten gebunden. Zu diesen Vorstellungen gehören in jüngerer Zeit auch Globalisierungstheorien, die ein neues, internationalisiertes Stadium der kapitalistischen Entwicklung betonen. Es gibt aber weder eine »Transnationalisierung« von Herrschaft noch »transnationale Finanzoligarchien«.

Von den Anhängern dieser Vorstellungen wird darauf verwiesen, dass eine immer stärkere internationale Vernetzung lediglich Ergebnis der objektiven Vergesellschaftung der kapitalistischen Ökonomien sei. Der Versuch solche Entwicklungen zu ignorieren oder gar rückgängig machen zu wollen, sei weltfremd oder sogar reaktionär. Schon Lenin antwortete darauf Kautsky, wonach die Aussage, »die Entwicklung bewege sich in die Richtung«, noch gar nichts bedeutet, da damit die notwendige konkrete Analyse der konkreten Situation nicht geleistet werde.

Die Dialektik von Konkurrenz und Kooperation bleibt auch heute bestimmend. Es gilt daher weiterhin die Aussage Lenins, dass »unter dem Kapitalismus (...) für die Aufteilung der Interessen und Einflussphären (...) eine andere Grundlage als die Stärke der daran Beteiligten, ihre allgemeinwirtschaftliche, finanzielle, militärische und sonstige Stärke, nicht denkbar (ist).« (LW 22, Seite 300)

Wenn die USA im westlichen Imperialismus politisch, militärisch, ökonomisch und kulturell eine führende Rolle einnehmen, dann werden auch dadurch die innerimperialistischen Widersprüche nicht aufgehoben, auch nicht im Rahmen der Konkurrenzkämpfe mit Russland und China.

Letzteres gilt auch für die Europäischen Union, die zwar einen für kapitalistische Verhältnisse bemerkenswerten Integrationsgrad aufweist, der aber gerade in ökonomischen und politischen Krisensituationen immer wieder an Grenzen stößt. Sowohl, was ihre Außenpolitik, als auch was ihre Finanz- und Haushaltspolitik angeht. Denn mit der EU ist kein neuer Staat entstanden, auch keine neue transnationale europäische kapitalistische Klasse, sondern maximal ein Bündnis.

Tatsächlich ist die EU auch Austragungsort der Konkurrenzkämpfe nationaler Monopolkapitale und ihrer jeweiligen Staaten, die innerhalb der EU um dominierenden Einfluss ringen. In der Euro-Krise konnte dabei insbesondere Deutschland seine Vormachtstellung innerhalb der EU ausbauen. Die deutsche Presse kommentierte dies mit Genugtuung: »Es ist offensichtlich, dass die Finanz- und Staatsschuldenkrise die Verlagerung der Macht hin zu den Mitgliedstaaten verstärkt hat. So ist etwa die Stellung Deutschlands (...) heute so stark, wie das noch nie in der Geschichte der Einigung der Fall war. Spiegelbild ist die relative Schwäche Frankreichs und Großbritanniens.« (FAZ 2012)

Gravierend verändern sich in der Krise und im jetzigen Krieg mit Russland, der auf ukrainischem Territorium ausgefochten wird, die Verhältnisse zwischen europäischem Kern und Peripherie. Immer blasser wird das Bild, das die EU von sich als einer auf Zusammenarbeit angelegten Gemeinschaft zeichnet.

Gleichwohl nutzen alle diese Staaten die EU, um mit ihr die eigenen weltpolitischen Handlungsspielräume zu erweitern. Deshalb soll sich die Union zu einem »Global Player« entwickeln, der sowohl zu gleichberechtigter Kooperation als auch zur Konkurrenz mit den Vereinigten Staaten fähig ist.

Als neue Gefahr für Europa wird der Aufstieg der Schwellenländer beschworen. Es wird davor gewarnt, dass die EU-Staaten, auf sich gestellt, der wachsenden Konkurrenz aufstrebender Mächte wie China, Russland, Brasilien, Südafrika sowie Indien künftig nicht mehr gewachsen seien.

Neues Feindbild China

Mit der Auflösung der Sowjetunion verblasste das traditionelle Feindbild des Westens, das zu einem einheitlichen Vorgehen seiner Staaten zeitweilig zwang. Seitdem vertieften sich wieder die innerimperialistischen Interessengegensätze. Immer häufiger wird der Führungsanspruch der USA durch europäische Mächte in Frage gestellt, während andererseits die USA das Bündnis mit Westeuropa und die Existenz eines europäischen „Players“ in Frage stellen. Die USA antworteten darauf u. a. mit dem Versuch, dieses »alte Europa« gegen ein »neues«, bestehend aus den mit ihnen verbündeten mittelost- und osteuropäischen Ländern, auszuspielen.

Beide Blöcke, die USA und die EU, teilen das Interesse am Erhalt der globalen Vormachtstellung des Westens. Bei den Warnungen vor einem Aufstieg Chinas geht es nicht allein darum, sich vor einem weiteren Konkurrenten auf den Weltmärkten zu wappnen. Mit China wächst dem Westen vielmehr ein ernsthafter politischer Systemkonkurrent heran, der weltweit Einfluss entwickelt.

Finanzkapitalismus

Die weitere Entwicklung der Produktivkräfte auf privatkapitalistischer Grundlage verlangte im sich entwickelnden Imperialismus ein Durchbrechen der zu eng gewordenen Schranken des kapitalistischen Eigentums. Dieses ist identisch mit der Enteignung vieler Kapitalfunktionäre

innerhalb und vermittelt der Konkurrenz – die Konzentration der Produktion und die Zentralisation des Kapitals bei den Überlebenden.

Marx zeigte schon für den vormonopolistischen Kapitalismus, dass die Entwicklung des Kredits, des Aktien- und anderer Formen des zinstragenden fiktiven Kapitals dabei von zentraler Bedeutung ist. Die Tatsache, dass die auf diese Weise verlaufende Zentralisation des Kapitals die eigentliche Akkumulation, die erweiterte Reproduktion durch das Hinzuschlagen des Mehrwerts zum Originalkapital, weit überholt, bedeute, dass sich das Kapitaleigentum immer mehr von der Kapitalfunktion löst und relativ verselbständigt.

In der kapitalistischen Gegenwart wachsen das industrielle Kapital und seine Konzentration rasch. Noch schneller wächst aber die Tendenz, seine Eigentumsgrenzen zu durchbrechen. Die Verfügung über das zentralisierte Eigentum in der Form des zinstragenden Geldkapitals und des zinstragenden fiktiven Kapitals unterliegt dabei selbst der Monopolisierung. Die monopolistischen Eigentümer in den Konzernen, Banken, Versicherungsgesellschaften reduzieren mit ökonomischer und über den Staat erzwungenen Maßnahmen ihre Profitansprüche. Die Masse der Funktionäre des Kapitals erhält bestenfalls noch einen Teil des von ihnen generierten Profits.

Diese Monopolisierung des kapitalistischen Eigentums, relativ losgelöst von seiner produktiven Anlage, in der Form des Finanzkapitals, führte zu einer Verschmelzung von Industrie- und Bankkapital, **nicht aber seiner Institutionen**. Die Form des Finanzkapitals als die herrschende musste das Kapital annehmen, um auf kapitalistischer Grundlage die Widersprüche zu bewältigen, die infolge der sinkenden Tendenz der Profitrate und dem entsprechenden Entstehen eines immer drückenderen, immer dauerhafteren relativen Kapitalüberschusses auftreten.

Monopolisierter Kredit

Die zunehmende Rolle des Kredits, getragen durch mannigfaltige Institutionen auf zahlreichen in- und ausländischen wie internationalen Geldkapital- und Wertpapiermärkten, steht in engem Zusammenhang mit gewachsenen Akkumulationsanforderungen auf Basis der wissenschaftlich-technischen Revolution.

Die Konzentration riesiger Kapitalmassen im Bank- und Kreditsystem dient der produktiven Anlage, der Produktion von Profit, **aber eben nur letztlich**. Das sich verselbständigende Kreditgeschäft und seine Funktion bei der Produktivkraftentwicklung begründen zugleich die Dialektik von Notwendigkeit und Parasitismus der finanzkapitalistischen Transaktionen.

Der Zins als Realisierungsform des monopolisierten Eigentums, des Finanzkapitals, ist nicht mehr nur ein Teil des Profits, er kann diesen sogar ganz verschlingen. Das Finanzkapital ist daher eine eigenständige Kapitalkategorie, das allen Erfordernissen von Produktion und Absatz entfremdet, auf Verwertung schlechthin aus ist.

Die wesentliche Organisationsform des Finanzkapitals sind die nationalen und internationalen Kapitalmärkte. Sie führen mehr und mehr ein Eigenleben und bilden so die Basis für

Kapitalakkumulation und Kapitalvernichtung, relativ unabhängig von den ihnen zugrunde liegenden materiellen Prozessen. Dabei findet eine beständig engmaschigere Verzahnung der nationalen und der internationalen Kapitalmärkte statt.

Die dabei ausgegebenen Wertpapiere repräsentieren Milliardenbeträge, deren Beziehung zu materiellen Prozessen überhaupt nicht mehr erkennbar ist. Es entstehen immer neue Formen – Termingeschäfte, Optionen, Swaps, Kreditgarantien und -linien, neuerdings Versprechungen auf der Grundlage von Versprechungen, die in Milliardenhöhe und blitzschnell am Telefon oder mittels elektronischer Kommunikationsmittel übertragen werden.

Finanzkapitalismus

Dieser finanzkapitalistische Prozess ermöglicht größere Errungenschaften in Wissenschaft und Technik, der Infrastruktur sowie in der Konsumtion im weitesten Sinne, indem er die Eigentumsschranken innerhalb des Kapitalverhältnisses durchbricht. Das bedeutet aber eine ebenso gewaltige Kapitalvernichtung und -enteignung, mit entsprechenden Konflikten und »Rissen« (Wladimir Iljitsch Lenin: Werke, Band 21. Dietz Verlag, Berlin 1960, Seite 206) innerhalb der herrschenden Klasse und zwischen den kapitalistischen Ländern.

Die gegenüber den materiellen Produktionsgrundlagen, dem Warenhandel, den Einkommen der Bevölkerung, dem produzierten Profit, den realen Einnahmen des Staates und vor allem dem jeweils existierenden Verhältnis von Akkumulation und Konsumtion überlangen Kreditketten erhöhen die Gefahren für die Wirtschaft. **Das Monopolkapital kann diese Konflikte bewältigen, solange die Folgen von den arbeitenden Menschen hingenommen werden. Werden sie nicht mehr hingenommen, werden auch diese Widersprüche zu einem Ansatzpunkt antimonopolistischer Reformpolitik.**

Hinweis:

Für die Ausarbeitung dieser Skizze hat sich der Autor auf ein theoretisches Materialpaket unterschiedlichster Autoren gestützt, das 2015 als Beilage in der Jungen Welt erschien. Ebenfalls auf einem Aufsatz von Jörg Huffschmid:

<https://was-tun.net/wp-content/uploads/2025/02/SMK-Theorie-jw-2015-04-15-99.pdf>

<https://was-tun.net/wp-content/uploads/2025/02/Weder-toter-Hund-noch-schlafender-Loewe-SMK-Theorie-Huffschmid-in-spw-82-1995.DOC.pdf>